

---

# Bericht

---

## Die Halde lebt

### Umweltschutz „vor Ort“ im Revier - Ein Beispiel

Bergbau und Umweltschutz - das mag sich bei erstem Hinsehen geradezu unvereinbar ausnehmen, werden doch mit dem Bergbau riesige Zechenanlagen, Staub und Dreck, Ruß und Asche assoziiert. Und das Ruhrgebiet, das Kernland des deutschen Steinkohlenbergbaus, galt jahrzehntelang als eine der schmutzigsten Gegenden Deutschlands. Andererseits wird der Blick seit geraumer Zeit verstärkt auch wieder auf andere Traditionen gelenkt, die mit dem Bergbau verbunden sind: z. B. das Siedlungshaus in der Kolonie mit

dem Garten dahinter, in dem Gemüse gezogen und Obst geerntet wird, wo Kaninchen und Tauben gehalten werden. Es besteht kein Zweifel daran, daß gerade der Bergbau die in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts noch weitgehend unberührte dörfliche Ruhrgebietslandschaft gründlich verändert hat. Damit wurde, nebenbei bemerkt, der Grundstein für den industriellen Aufschwung des Deutschen Reiches und das materielle Wohlergehen auch großer Teile der Arbeitnehmerschaft in späteren Jahren gelegt. Ebenso unbezweifelbar ist, daß Bergleute von jeher ein ausgeprägtes Verhältnis zur Natur haben, vielleicht nicht zuletzt deshalb, weil sie während ihrer schweren Arbeit unter Tage so vollständig von ihr abgeschlossen sind; vielleicht auch deshalb, weil ihnen Urkraft und Gewalt der Natur bei der Arbeit im Berg immer besonders gegenwärtig sind.<sup>1</sup>

Bei der Frage, wie sich heute die Beziehung zwischen Bergbau und Umwelt darstellt, wie die Schäden, die diese Industrie der Natur notwendigerweise zufügt, beseitigt werden, wie mit ihnen umgegangen wird, stießen wir auf das Beispiel der „Kultivierung“ einer Bergehalde, wie sie von der Zeche Haus Aden in Bergkamen in Angriff genommen wurde. Bei einem „Ortstermin“ auf der zugehörigen Zeche Grimberg 3/4 in Bergkamen standen uns der Betriebsratsvorsitzende Eberhard Grahl, Dipl.-Ing. Wilhelm Julius von der Werksdirektion und Klaus Simson von der Pressestelle der Bergbau AG Westfalen (Dortmund) Rede und Antwort und führten uns über das Gelände.

Nun erst trage die Stadt Bergkamen den „Berg“ zu Recht in ihrem Namen, meint Eberhard Grahl: Der „Berg“, das ist die Gemeinschaftshalde des Verbundbergwerks Haus Aden (mit den Zechen Grimberg 3/4 und Haus Aden) und der benachbarten Zeche Monopol. Sie ist mit derzeit 60 Metern Höhe die einzige Erhebung weit und breit. In einigen Jahren wird sie noch höher gewachsen sein: 90 Meter.

Auf dem Plateau, das wir auf werkseigenen Straßen erreichen, erwartet uns auf einem abgesteckten Fleckchen Weide eine Schafherde. Ansonsten gibt es hier vornehmlich einen grauen Schieferboden, der als „Abfall“ beim Abbau von Steinkohle anfällt und hier aufgehaldet wird. Täglich sind es ca. 24000 Tonnen „Berge“, die zutage gefördert und auf der Gemeinschaftshalde abgeladen werden, deren Kapazität bis zum Jahre 2013 ausreicht. Ihr Fassungsvermögen beträgt 157 Mio Tonnen, davon sind heute auf einer Fläche von 194 Hektar 75 Mio Tonnen genutzt. Es handelt sich durchweg um taubes Gestein, das aus den tieferen Erdschichten stammt und das - so will es der Betriebsrat und der Landschaftsschutz - über Tage wieder genutzt werden soll. Davon zeugen die mühevoll Stück für Stück eingepflanzten, noch winzigen Bäumchen, Sträucher und Grasbüschel. Insgesamt wurden hier bereits 1,1 Mio verschiedener Gehölze neu angepflanzt, berichtet uns Willi Julius, der unter anderem für die Halden zuständig ist. Er achtet darauf, daß die Halde auch zum Lebensort für Vögel und andere Tiere wird. So wurden bereits Sitzvorrichtungen für Greifvögel angelegt. Geplant ist auch, in nächster Zeit Damwild dort anzusiedeln. Willi Julius hat allerdings ein bißchen Angst davor, daß mehr und mehr Spaziergänger angelockt werden, die die neugesetzten Pflänzchen gefährden könnten.

Die Halde gilt heute als Landschaftsbauwerk. Daß die zutage geförderten Erdmassen nicht einfach zu spitzen Türmen aufgeschichtet und leb- und lieblos in die Landschaft gesetzt werden, wie es jahrzehntelang üblich war, sondern in das Bild der Landschaft eingepaßt, bepflanzt und mit Spazierwegen ausgestattet werden, ist das Resultat von Ausein-

---

<sup>1</sup> Zur Naturverbundenheit s. z.B. den Bericht von Josef Büscher (Kindheit in Sterkrade-Königshardt) in dem soeben bei der Büchergilde Gutenberg erschienenen Band: Walter Köpping (Hrsg.), Lebensberichte deutscher Bergarbeiter, Frankfurt/Olten/Wien 1984, S. 242 ff.

andersetzungen zwischen Kommune, Bergbau und Bevölkerung. Nach der Zusammenlegung der Zechen Grimberg und Haus Aden wurden ab 1969 erste Überlegungen darüber angestellt, eine Gemeinschaftshalde im Waldgebiet „Großes Holz“ zu errichten, einem durch Bodenabsenkung versumpften Waldstück, in dessen unmittelbarer Nähe schon 1954 eine kleinere Halde aufgebaut wurde, die 1962, nach einem längeren Brand, etwa zur Hälfte abgetragen wurde. Damals gab es einige Bürgerproteste, weil die in der Nachbarschaft wohnenden Menschen befürchteten, daß ähnliches wieder passieren könnte und - gerade bei starkem Wind - Staub und Dreck aufgewirbelt und in ihre Häuser geblasen würden. Dieser Protest aber legte sich relativ rasch, nachdem der 1972 erstellte Betriebsplan zur Genehmigung der Gemeinschaftshalde vorsah, daß hier Umweltschutzinteressen mitzubehütenden seien. Kollegen aus den Zechen hatten dies über ihre Betriebsräte und über Kommunalpolitiker erzwungen, die zusammen mit verschiedenen Naturschutzinstitutionen am Genehmigungsverfahren beteiligt waren. So fand dann die Begründung und landschaftliche Gestaltung der Gemeinschaftshalde von allen Seiten Zustimmung.

Nicht ohne Stolz führen uns unsere Begleiter über die Halde, weisen auf die vielen an Ort und Stelle betriebenen wissenschaftlichen Untersuchungen zu Fragen des Landschaftsschutzes und auf die zahlreichen Besucher aus der näheren Umgebung hin, die einmal aus der Höhe ihr Land- und Wohngebiet besehen wollen. Der „Berg“, so will es den Bergleuten scheinen, ist von der Bevölkerung angenommen worden.

Auch wir sind angetan von der Aussicht hier oben, von wo aus wir einen vortrefflichen Blick auf die vor uns liegende Zechenlandschaft, die Industrieansiedlungen und auf das Innere der Halde haben, das immer weiter mit „Bergen“ und Kohlenstaub aufgefüllt wird. Hinter uns erstreckt sich - fast unberührt noch - das Münsterland. Die Halde selbst, der Kanal am Fuße der Halde sowie das genau gegenüber auf der anderen Kanalseite gelegene, 1981 in Betrieb genommene Kohlekraftwerk sind scheinbar die Grenzmarkierungen zwischen Industrie und Natur.

Doch der Schein trügt: Wir werden auf die in einiger Entfernung in einem Waldgebiet gelegenen Schächte 6 und 7 der Zeche Grimberg 3/4 hingewiesen, die im Verlaufe der nächsten 40 Jahre ausgebaut und genutzt werden sollen. Immer weiter frißt sich — wenn auch nur sehr langsam - der Steinkohlenbergbau in Richtung Norden. Bis weit hinauf nach Münster sind Kohlevorkommen geortet worden, deren Abbau wegen der erheblichen Lagerungstiefe heute jedoch noch nicht wirtschaftlich ist. Zudem bläst gerade der Frühlingswind die Kondensationsdämpfe aus dem Kühlturm und wohl auch - trotz aufwendiger und moderner Rauchgasentschwefelungsanlage - Schwefeldioxide aus dem 285 Meter hohen Schornstein des Kohlekraftwerkes in den hier noch blauen Himmel. Wer weiß, ob und wo sie als „Saurer-Regen“-Niederschlag wieder herunterkommen. Und auch beim Anblick des Kanals muß man recht viel Phantasie aufbringen, um sich vorzustellen, daß man hier vor einigen Jahren noch baden konnte und die Ufer als „Riviera des Arbeitnehmers“ galten. „Viele raten davon ab, im Kanal schwimmen zu gehen. Aber wenn nicht gerade der Wind schlecht steht, bade ich im Sommer häufig hier“, berichtet Eberhard Grahl beiläufig. Als bedrohlich für die hier lebenden Menschen empfindet er die von den Bergkamener Zechen und von dem Kraftwerk ausgehenden Eingriffe in die Natur nicht.

Er belächelt daher auch ein wenig den Protest der Umweltschützer aus den umliegenden, noch von der Industrie verschonten Gemeinden, hält ihn für überzogen und

„unecht“. Ins Spötteln gerät er, als er von den Auseinandersetzungen um die Genehmigung des Kohlekraftwerks erzählt. Die Betreiber des Kraftwerks hatten es nach einiger Zeit geschafft, den Bürgern aus der angrenzenden Gemeinde, die gegen die Erbauung Widerspruch einlegen wollten, mit hohen Geldsummen ihre Widerspruchsrechte abzu kaufen. Daß die „Umweltschützer“ hier mit Geld zu „kaufen“ waren, macht ihm die Umweltbewegung im ganzen suspekt. Es ärgert ihn auch, daß sie nur den Blick für die Industrie als Umweltverschmutzer hat, nicht aber z. B. für den Landwirt, der durch die ständige Überdüngung des Bodens auch erheblichen Schaden für Boden und Grundwasser anrichtet und auch nicht für denjenigen „Alternativen“, der mit seinem Auto „mal eben“ zum Einkaufen oder zur Arbeit fährt und nicht mit dem Fahrrad. „Alle schimpfen auf die Industrie, regen sich über die damit verbundene Umweltverschmutzung auf und machen uns Betriebsräten Vorwürfe, daß wir das zulassen, aber keiner will auf den eigenen Wohlstand, auf die Straßen, die ihn in den Wald führen usw. verzichten“, klagen unsere Gesprächspartner.

Sie selbst sehen sich in einer Zwickmühle: Auch sie sind natürlich an einer gesünderen Umwelt interessiert - aber eben auch an sicheren Arbeitsplätzen. Sie sind sich -wie Eberhard Grahl einräumt - im klaren darüber, daß der Bergbau Umweltbelastungen mit sich bringt und gleichzeitig haben sie erfahren, wie schwierig und langwierig es ist, den Unternehmen Umweltschutzmaßnahmen abzutrotzen, um beides — eine bessere Umwelt und einen sicheren Arbeitsplatz - durchzusetzen. Die Begrünung der Bergwerkshalde, die Entschwefelungsanlage im Kohlekraftwerk, die schon leistungsfähig ist, aber weiter verbessert werden soll, wenn das Kraftwerk in den nächsten Jahren ausgebaut wird, oder auch die ständigen Kontrollen des Grundwassers zur Feststellung des Salzgehaltes, um bei der Überschreitung kritischer Werte rechtzeitig Gegenmaßnahmen einleiten zu können, werten sie als Erfolge für sich, auf die sie stolz sind. Doch sie wissen ebenfalls, daß die Tatsache, daß die Unternehmen mit der Umweltverschmutzung nicht mehr weiter so fortfahren können wie früher, nicht nur ihrem betrieblichen Engagement zu verdanken ist, sondern auch dem gestiegenen Umweltbewußtsein vieler „kleiner Leute“, die sich mehr und mehr zu Wort melden und Taten verlangen.

## Gespräch mit Eberhard Grahl am 20. März 1984 in Bergkamen

Frage: Hier in Bergkamen, im Ruhrgebiet, auf dem Gelände der Zechen Haus Aden und Monopol werden aus dem, was der Bergbau hinterläßt, den „Bergen“, große Halden aufgeschüttet, die bepflanzt und kultiviert werden, so daß eine ganz neue Landschaft, womöglich auf Dauer eine neue Kulturlandschaft entsteht. Gehört das zu den Traditionen des Bergbaus, daß die unverwertbaren Abfallprodukte, die bei der Förderung von Kohle anfallen, so genutzt werden, daß mit ihnen eine neue Umwelt, eine neue Landschaft geformt wird?

Antwort: Ich glaube, eher das Gegenteil ist der Fall. Es wird vielmehr mit einer Tradition gebrochen. Allerdings liegen die Anfänge dieser Entwicklung schon etwa zehn bis zwölf Jahre zurück. Früher wurden die Bergehalden möglichst nahe an den Schächten aufgetürmt, mit möglichst einfachen Transportmethoden, so daß spitze Berge entstanden. War

eine Halde voll, so wurde unmittelbar daneben mit der nächsten begonnen. Das läßt sich heute noch an vielen Stellen im Ruhrgebiet erkennen. Diese alten Halden haben sich im Laufe der Jahre zum Teil selbst begrünt, aber wegen ihrer Form und wegen ihrer Anlage können sie nicht sinnvoll genutzt werden. Hier in dieser Gegend ist dann der Gedanke aufgekommen, eine Gemeinschaftshalde der drei Zechen Monopol, Haus Aden, Grimberg anzulegen und sie nach einem bestimmten Verfahren und Prinzip aufzuschütten, so daß tatsächlich eine neue Landschaft dadurch entsteht. Das geschieht - wie gesagt - nach einem vorher entwickelten Plan, so daß sich die neue Landschaft hier sozusagen systematisch entwickeln kann.

Auf dieser Halde wachsen inzwischen 40000 Bäumchen, sie ist zum Teil mit Gras bewachsen. Die Hänge, die noch nicht fest sind, werden stabilisiert. Das alles liegt nicht in der Tradition, sondern stellt vielmehr eine Neuerung für den Bergbau dar. Und es geschieht keineswegs nur aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern auch unter dem Blickwinkel der Sicherung für die Zukunft.

Wer war und wer ist denn die treibende Kraft für diese Entwicklung? Sind es die Unternehmen, sind es die Betriebsräte, sind es die Kollegen im Betrieb? Oder sind es Umweltschutzorganisationen und Bürgerinitiativen?

Die treibende Kraft für diese Entwicklung ist vor allem aus der Kommunalpolitik gewachsen, die in dieser Gegend traditionell sozialdemokratisch geführt ist und von Politikern gemacht wird, die weitgehend selbst Bergleute und Gewerkschafter sind. Sie haben irgendwann den Konflikt kommen sehen und waren der Meinung, daß man mit dem aufgeschütteten Material doch auch etwas Vernünftiges machen können müsse. Man kann also nicht sagen, daß es Umweltschützer, Bergleute oder allgemein: die Bevölkerung waren, sondern die Entwicklung ist nach meiner Auffassung aus der Kommunalpolitik selbst erwachsen. Auch wenn es den Umweltschutz in seiner heute bisweilen zugespitzten Form nicht gegeben hätte, wären Ansätze dafür da gewesen, mit einer Tradition, die doch für die Umwelt sehr belastend war, zu brechen. Die Menschen hier hätten sich das nicht weiter gefallen lassen. Früher haben sich viele Bergleute mit ihrem Häuschen, ihrem Garten, der Bergmannssiedlung zufrieden gegeben. Das, was darüber hinaus vorging, wurde kaum oder gar nicht zur Kenntnis genommen. Mit der Veränderung des Wohnungsbaus, mit dem Wegfall von Garten und Bergmannssiedlung haben viele erst bemerkt, in welcher trostlosen Umgebung sie lebten. Das hat auch bei den Bergleuten den Umweltgedanken gestärkt und die Bereitschaft, nicht mehr alles mit sich machen zu lassen.

Der Landschaftsschutz hat sich also in den letzten Jahren erheblich verstärkt. Sind denn neue Formen der Landschaftsplanung entwickelt worden? Gibt es bestimmte Verfahren, bestimmte Vorschriften bei der Landschaftsgestaltung?

Bei jeder geplanten landschaftlichen Veränderung durch den Bergbau muß ein Betriebsplan aufgestellt und genehmigt werden. Betriebspläne hat es schon immer gegeben. Die Genehmigungsverfahren waren in der Vergangenheit sehr einseitig vom Bergbau geprägt. Die Bergbehörde und schließlich der Wirtschaftsminister als oberstes Aufsichtsorgan waren maßgebend. In der Vergangenheit ist sehr viel genehmigt worden, ohne daß viele Fragen gestellt worden wären. Auf den Druck, der von außen gekommen ist, ist in der letzten Zeit die Berücksichtigung landschaftlicher Besonderheiten und Schutzinteressen gewachsen. Jetzt wird doch mehr darauf geachtet, daß das, was wir hinterlassen, umwelt- und menschenfreundlicher ist. Zwar ist es auch heute noch so, daß die Bergbehörde sehr weitgehend entscheiden kann, aber das politische Umfeld hat sich eben geän-

dert. Und keine Bergbehörde wird heute eine bergmännische Industrieanlage genehmigen, ohne sich mit dem Landschaftsschutz, mit den Menschen, die betroffen sind, in Verbindung zu setzen.

Wer bestimmt denn zum Beispiel, welchen Neigungswinkel die Halden haben sollen?

Die Betriebspläne werden mit den Kommunen, mit der Politik, den zuständigen Verbänden durchgesprochen. Dazu gehören u. a. die Forst-, die Wasser- und auch die Elektrizitätswirtschaft. Sie werden alle in den Genehmigungsprozeß eingebunden, so daß eine intensive Befragung stattfinden kann. Auch die Betriebsräte haben in dieser Angelegenheit Mitspracherechte. Die Bergbehörde wird einen Betriebsplan kaum genehmigen, wenn Betriebsräte Einwände erheben. Und Fachleute des Landschaftsschutzes, wie hier insbesondere vom Kommunalverband Ruhr, werden bei solchen Entscheidungen intensiv einbezogen.

In den letzten Jahren ist das Umweltbewußtsein in der Bevölkerung deutlich angestiegen. Würdest Du sagen, daß die Entwicklung auch hier bei Euch spürbar geworden ist, daß sie auch einen Einfluß auf dieses Gebiet hatte und hat?

Das hat eine Rolle gespielt, und zwar insofern als man Dinge, die man womöglich langsamer angegangen wäre, nun intensiver betreibt. Es ist nicht mehr so, daß man die Leute darauf vertrösten kann, daß in zwanzig Jahren vielleicht etwas grün sein wird. Wenn gewisse Anstöße von außen nicht gewesen wären, hätten wir wahrscheinlich sehr viel weniger angepflanzt als wir es getan haben. Man darf nicht vergessen, daß das alles auch Geld kostet, und daß die zuständigen Organe heute viel eher bereit sind, für solche Maßnahmen Geld zur Verfügung zu stellen. Wenn der Druck von außen nicht dagewesen wäre, wäre mit Sicherheit weniger Geld zur Verfügung gestellt worden. Man kann also sagen, daß zwar Ansätze bereits vorhanden waren, daß das neue Umweltbewußtsein aber Tempo und Intensität des Umweltschutzes verstärkt hat.

Ihr vereinigt in Eurer Arbeit hier zwei Elemente: Einmal seid Ihr an der Erhaltung und am Ausbau der Arbeitsplätze interessiert, zum anderen tragt Ihr mit dazu bei, daß das Umweltbewußtsein geschärft und die Bereitschaft zur Landschaftsgestaltung gestärkt wird. Wie reagiert denn die Bevölkerung, die hier im Umkreis wohnt? Gehen die Umweltmaßnahmen, die hier ergriffen werden, ihr weit genug? Für viele von ihnen ist ja der Gesichtspunkt der Arbeitsplätze womöglich nicht so entscheidend?

Die Bevölkerung hier ist sehr weitgehend vom Bergbau geprägt. Selbst die wenigen, die nicht im Bergbau arbeiten, haben irgendwie damit zu tun. Das heißt allerdings nicht, daß alle auf Gedeih und Verderb alles gutheißen, was der Bergbau macht. Ich will das an einem Beispiel erläutern: Wenn es, was oft geschieht, zu Bergschäden an den Häusern kommt, so sind viele Eigentümer durchaus bereit, ihren Arbeitgeber, wenn nötig, zu verklagen, denn es ist in der letzten Zeit durchaus häufiger vorgekommen, daß von Arbeitgeberseite versucht wurde, Bergschäden nicht anzuerkennen. Konflikte wegen der Folgeschäden des Bergbaus treten also hier allemal auf, ob die Betroffenen nun im Bergbau arbeiten oder nicht.

Eins ist klar: Niemand will seinen Arbeitsplatz einbüßen, aber es will wohl mit Sicherheit auch niemand in einer Umwelt leben und arbeiten, in der es sich nicht mehr lohnt zu leben. Nicht jeder Bergmann hat ein Auto, nicht jeder kann am Wochenende ins Sauerland fahren - abgesehen davon, daß das Sauerland an bestimmten Tagen jetzt schon über-

laufen ist. Wir sind also angewiesen auf die wenigen Naherholungsgebiete, die wir hier haben. Und wir müssen auch daran denken, daß wir vieles von dem, was wir heute machen, nicht für uns tun, sondern für unsere Kinder.

Man kann die Frage, wie die Bevölkerung auf die vom Bergbau betriebenen Umweltveränderungen reagiert, nicht pauschal beantworten. Heute ist es häufig so, daß viele grundsätzlich der Meinung sind, daß zuwenig für den Umweltschutz getan werde. Die Reaktionen sind heutzutage sehr viel heftiger. Wenn früher jemand einen Baum im Garten umgesägt hat, hat sich niemand darum gekümmert. Heute regt sich in solchen Fällen meist schon Protest. Wenn jemand sagt, daß ihn das Laub stört, so weist der andere daraufhin, daß der Baum Schatten spendet. Diese Konflikte gibt es bei Bergleuten genauso ausgeprägt wie bei anderen - vielleicht sogar noch stärker, weil der Bergmann durch seine Art der Arbeit die Natur so lange Zeit entbehren muß. Ich glaube, daß Bergleute instinktiv versuchen, den Mittelweg zu finden: nichts Extremes zu fordern, aber auch nicht gleichgültig zu sein.

Nun hat es hier auch konkrete Konflikte im Einzelfall gegeben. Welche Parteien, welche Gegner haben sich dabei gegenübergestellt?

Die letzte Konfliktsituation hat es bei der Ausweitung unserer Schachtanlage nach Norden gegeben. Ein neuer Schacht ist ohne Proteste heruntergebracht worden. Die betroffene Bevölkerung ist informiert worden, daß ein reiner Wetterschacht eingeführt würde, Proteste hat es keine gegeben. Einzelne Wünsche, die es gab, sind befriedigt worden. Bei einem weiteren Schacht hat es dann allerdings Konflikte gegeben. Es hat sich eine Bürgerinitiative gebildet, die unter keinen Umständen wollte, daß an diesem Schacht eine Seilfahrt stattfindet, das heißt, daß dort Leute einfahren. Dieser Protest kam allerdings sehr viel stärker aus dem Mittelstand als aus der arbeitenden Bevölkerung. Man muß sich vorstellen, daß die Leute jenseits der Lippe in einem relativ unberührten Gebiet leben, das vom großen Straßenverkehr nicht sonderlich gestört wird. In diesem relativ dünn besiedelten Bereich wohnen viele gut verdienende Leute, in zum Teil gut ausgestatteten Häusern. Sie haben wahrscheinlich nie daran gedacht, daß der Bergbau dieses Gebiet jemals berühren könnte. Diese Leute haben natürlich eine berechtigte Angst vor dem, was mit ihrer Umgebung geschieht, wenn der Bergbau sich dorthin ausbreitet. Diejenigen, die dann massiv Einspruch erhoben haben, waren allerdings solche, die sich ganz unmittelbar in ihren Interessen berührt sahen, zumeist in materiellen Interessen: beispielsweise der Landwirt, der um seinen Ackerbau fürchtete, oder derjenige, der seine Ruhe durch den zunehmenden Verkehr bzw. durch mögliche Nachsiedlungen bedroht fühlt. Wir haben diese Einsprüche als Arbeitnehmer analysiert und danach gefragt, was übrigbleibt. Und übrig blieben eigentlich nur egoistische Ansprüche. Wenn man will, kann man von gesundem Egoismus sprechen. Diejenigen, die Einspruch erhoben haben, haben sich gescheut zuzugeben, daß sie keinen Bergbau wollen. Sie waren also größtenteils dafür, daß Kohle gefördert wird, aber sie wollten eben keine Seilfahrt in ihrem Gebiet. Dieser Konflikt hat sich ganz eindeutig abgespielt zwischen einigen wenigen, vorwiegend Mittelständlern und eben den Bergleuten. Letztere haben sich regelrecht angegriffen gefühlt. Sie haben sich gefragt, warum sie dort nicht einfahren sollten. Sie können sich nicht vorstellen, was andere daran stört, wenn sie dort zur Arbeit fahren. Daneben gibt es natürlich noch die Konflikte zwischen den Betroffenen in diesem Gebiet und dem Unternehmen, das ja letztlich Gewinn machen will. Mir ist dabei nicht ganz klar geworden, ob man die Einsprüche nicht mit Geld hätte befriedigen können. Ich glaube allerdings, daß in diesem Falle Geld keine Rolle gespielt hat. Hier ging es schon um das Anrecht, in aller Ruhe in freier Natur wohnen zu können.

Bei der Begehung der Halde wurde erwähnt, daß der dort auch abgelagerte Schlamm gewisse Auswirkungen auf das Grundwasser haben kann. Und noch eines: Unmittelbar neben der Halde steht ein großes Kohlekraftwerk, das durch den hohen Schornstein - trotz Entschwefelungsanlage - sicher noch Schadstoffe ausstößt. Spielen diese Tatsachen für die Bevölkerung eine Rolle, gibt es daran Kritik? Und wie geht der Bergbauunternehmer mit diesen Problemen um? Gibt es etwa in der Belegschaft die Forderung, noch wirksamere Entgiftungsanlagen einzubauen?

Über das Kraftwerk kann ich nur wenig sagen. Aus der Presse ist mir bekannt, daß Kraftwerke Schwefel ausstoßen, und daß man heute noch mehr dagegen tun könnte, als getan wird. Das ist allerdings eine Kostenfrage, und daran wird wohl gearbeitet. Es ist klar, daß damit erhebliche Kosten verbunden sind. Die Bevölkerung in der unmittelbaren Umgebung geht mit dem Kraftwerk sehr glimpflich um, weil sie den jahrelangen Kampf darum kennt, bis es überhaupt gebaut werden konnte. In der arbeitenden Bevölkerung hier wird man kaum jemanden finden, der auf den Schwefelausstoß hinweist. Das soll allerdings nicht heißen, daß es solche Leute nicht gibt. Ich kenne sie allerdings nicht. Die Mehrzahl der Menschen akzeptiert auch die Halde. Der Bergbau an sich beeinflußt immer den Grundwasserspiegel. Ich habe heute auch zum ersten Mal von der Versalzung durch den Kohlschlamm gehört. Ich bin aber der Überzeugung, daß es sich hierbei nicht um eine problematische oder gefährliche Größenordnung handelt. In diesem Zusammenhang möchte ich eine andere Begebenheit erwähnen: Infolge der Errichtung der neuen Schachanlage 6 ist ein kleines Feuchtgebiet entstanden. Es wurden Fische eingesetzt, und es fand sich auch sehr bald ein Fischreiherr ein. Allerdings verendeten sowohl die Fische als auch die Frösche sehr schnell. Daraufhin wurden Wasserproben entnommen, und siehe da, es wurde festgestellt, daß durch die landwirtschaftliche Düngung, die ringsherum stattfand, das Wasser versalzt worden war. Man kann den Landwirten sicherlich keine Vorwürfe machen, sie waren eher da als der Teich. Aber das Beispiel zeigt doch, daß man mit den Vorwürfen und Vorschlägen vorsichtig umgehen muß. Ich bezweifle, ob die Salze, die aus den Kohlerückständen entstehen, womöglich gefährlicher sind als jene, die sich durch die Düngung bilden. Nach meiner Meinung ist die Versalzung, die von der Düngung herrührt, wesentlich problematischer.

Weist das alles nicht darauf hin, daß eigentlich in einem sehr umfassenderen Maße Umweltschutz betrieben werden müßte?

Wenn wir umfassenden Umweltschutz betreiben wollen, müssen wir unser sorgloses Leben, das auf Wohlstand und Kosum ausgerichtet ist, wesentlich einschränken. Es gibt Gegenden auf dieser Welt, wo es überhaupt keinen Fortschritt gibt, wo es überhaupt keine Industrie gibt, wo mit Sicherheit auch nicht gedüngt wird. Dort gibt es die modernen und bekannten Zivilisationsprobleme nicht. Aber es gibt auch kein Brennmaterial, es gibt keine Lebensmittel, um die stetig wachsende Bevölkerung zu ernähren. Diese Menschen müssen in ihrer Not die Wälder abholzen, um Brennmaterial zu haben. So entstehen Wüsten. Das wirft dann für mich die Frage auf, ob wir die Welt schneller mit unserem Wohlstand auffressen, oder ob sie aufgeessen wird, wenn dieser Wohlstand nicht mehr da ist. Hätten wir weniger Fortschritt, könnten die Menschen dann womöglich nur noch notdürftig ernährt werden. Es ist eine Tatsache, daß es in Gebieten, in denen die Natur - wie hier bei uns - angetastet worden ist, weniger oder gar keinen Hunger gibt. Dort, wo die Umwelt unangetastet ist, gibt es vielfach Hunger, der die Menschen dazu treibt, noch weit zerstörerischer in die Natur einzugreifen. So muß man die Zusammenhänge auch einmal sehen. Ich glaube, auch hier geht es darum, einen Mittelweg zu finden.

Wie könntest Du Dir denn eine Versöhnung zwischen Arbeit und Umwelt, zwischen Industrie und Landschaft vorstellen? Hier im Bergbau findet dieser Prozeß ja schon seit über hundert Jahren statt. Und es ist wohl unbestreitbar, daß die Natur heute mehr denn je in Mitleidenschaft gezogen ist.

Die Frage nach dem Wie hängt von zwei Dingen ab: von der Ehrlichkeit und vom Verständnis. Wenn die Industrie gezwungen wird, bestimmte Auflagen zu erfüllen, so lautet die Antwort oft, das sei zu teuer. Vom technischen Standpunkt könnte man wahrscheinlich heute schon Anlagen bauen, die zum Beispiel gar keinen Schwefel mehr ausstoßen. Wenn ich von Ehrlichkeit gesprochen habe, so meine ich in diesem Zusammenhang damit, daß nachgewiesen werden muß, daß solche Schutzmaßnahmen finanziell nicht zu verkraften sind. Dann muß um Verständnis dafür geworben werden, daß für bestimmte Dinge mehr bezahlt werden muß. Wir müssen dann eben etliche Kilometer weniger fahren, etliche Kilowatt Strom weniger verbrauchen. Aber einfach zu sagen, daß mehr bezahlt werden muß, ohne den Beweis anzutreten, daß auch alle Auflagen wirklich erfüllt werden, halte ich für eine ganz gefährliche Entwicklung. Da ist inzwischen schon so vieles falsch gelaufen. Ich halte es zum Beispiel für bedenklich, daß in dieser Republik kaum noch ein Forschungsvorhaben läuft, ohne daß Subventionen fließen. Früher hat die Industrie geforscht, um später verkaufen zu können. Die Forschung wurde als Investition betrachtet. Heute wird vielfach nicht mehr geforscht, wenn es keine Subventionen dafür gibt. Ein anderes Beispiel: Die Stromwirtschaft macht mit Sicherheit Gewinne, aber sie läßt sich nicht in die Bücher gucken. Hier sind wir viel zu sehr auf Vermutungen angewiesen. Es müßte mehr geprüft werden, was noch tragbar ist, zum Beispiel, ob die Gewinne noch lohnend sind. Was darüber hinausgeht, könnte dann für Umweltschutz, für Forschung und ähnliches verwendet werden. Reicht es nicht aus, könnte dann die Allgemeinheit durch Sparen eingeschaltet werden. Anders geht es nicht.

Eine andere Frage: Siehst Du die Steinkohlenförderung weiterhin für notwendig an - auch im Hinblick auf die Kernkraft und auch im Hinblick auf den Umweltschutz?

Ich muß die Steinkohlenförderung so lange bejahen, wie nichts anderes an Arbeit vorhanden ist. Man kann nicht heute Steinkohle fördern und morgen sagen, man brauche keine mehr. Hier ist eine langfristige Planung notwendig. Sollte es eine sicherere Energie geben, die uns jederzeit greifbar ist, die umweltfreundlicher, sauberer, wirtschaftlicher ist, dann wäre die Menschheit verrückt, wenn sie Kohle verbrennen würde, nur um die Kohle abbauen zu dürfen. Aber so lange das nicht gewährleistet ist, muß man dem Steinkohlenbergbau die Möglichkeit geben, langfristig zu planen. Wir Bergleute verlassen uns auf die Aussage der Politik, daß Steinkohle in der näheren Zukunft, auch im Jahre 2000 noch gebraucht wird. Daraus erheben wir den Anspruch auf die Absicherung unserer Arbeitsplätze. Wir würden keinen Anspruch auf diese Arbeitsplätze erheben, wenn sie lediglich als Beschäftigungstherapie vorhanden wären. Ich möchte niemandem zumuten, in die Grube zu fahren, um Kohlen herauszuholen, die irgendwo aufgehäuft werden, die aber niemand haben will. Dazu ist die Arbeit unter Tage wirklich zu schwer. Aber solange die Politiker sagen, daß Kohle wichtig sei, erheben wir Anspruch auf unsere Arbeitsplätze und auf unseren Beruf, der ja eine beachtliche Tradition hat.

Die Gewerkschaften haben Mitglieder mit sehr verschiedenen Interessen, aber auch im einzelnen Menschen selbst gibt es unterschiedliche Interessen, zum Beispiel Arbeit zu haben und auch eine gesunde Umwelt zu haben. Siehst Du Möglichkeiten, diese Interessenvielfalt innerhalb der Gewerkschaften und bei den Menschen zusammenzubringen? Oder siehst Du mehr die Gefahr, daß die Dinge auseinanderstreben?

Ich sehe bei den Gewerkschaften schon Gefahren in der unterschiedlichen Struktur. Nehmen wir nur einmal die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und die IG Bergbau - dazwischen liegen doch Welten. Es gibt hier Lehrer, die im Sauerland in einem schönen Haus wohnen, mit ihrem Auto über Autobahn und Bundesstraßen nach Bergkamen kommen, um hier die Kinder zu unterrichten. Sie erheben Anspruch auf ihren Arbeitsplatz, auf ihre Planstelle. Die gleichen Lehrer sehen wir mit grünen Transparenten, wenn irgendwo eine neue Straße gebaut werden soll. Hier sehe ich schon erhebliche Probleme. Hier muß der DGB koordinierend wirken. Der DGB ist auch die einzige Stelle, die die Gewinnkontrolle, die ich eben erwähnt habe, durchführen könnte. Damit sind die Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten überfordert. Das alles läßt sich nur zentral über den DGB leisten. Gleichzeitig muß er - wie gesagt - die unterschiedlichen Interessen unter einen Hut bringen. Wenn die Dachorganisation nicht koordinierend wirkt, brauchen wir sie nicht. Der DGB muß die unterschiedlichen Interessen zusammenführen und ausgleichen. Der Konflikt, wie er sich zur Zeit in der Arbeitszeitfrage innerhalb der Gewerkschaften abzeichnet, macht die Gewerkschaftsbewegung schwächer. Das schadet der Einheitsgewerkschaft, auf die wir mit Recht so stolz sind. Es darf nicht passieren, daß eine Gewerkschaft mit einer solchen Kompromißlosigkeit die 35-Stunden-Woche fordert, und die anderen sagen, mit uns nicht. Zur Koordinierung gehört auch Führung, damit uns nicht das geschieht, was sich jetzt bei den englischen Gewerkschaften im einzelnen abspielt. Ich sehe auch für uns die Gefahr, daß wir uns gegenseitig kaputtmachen.

Bericht und Interview: iwh/hoh